

So wollen Mittelpolitikerinnen das Spital in Uznach heilen

Wie soll das Spital Linth finanziell gesunden? Diese Frage interessiert nach der vom Kanton gesetzten Galgenfrist. In einem Vorstoss zeigen Mitte-Kantonsräte aus der Region mögliche Antworten auf.

von Fabio Wyss

Das Spital Linth liegt der Bevölkerung am Herzen. Das zeigen zahlreiche Leserbrief. Von «unserem Spital» ist die Rede. Und zu Behandlungen in Uznach rufen Leute auf. Sie reagieren damit auf den Kanton St. Gallen, der den Leistungsauftrag des Spitals vorerst bis 2027 befristet – und Uznach damit vor eine ungewisse Zukunft stellt.

Aktiv werden jetzt auch hiesige Politiker. Dies, nachdem die St. Galler SP bereits Ende März eine Rettungsmassnahme für das Spital präsentierte (siehe rechte Spalte). Nun sind es sämtliche vier Kantonsräte der Mitte aus dem Wahlkreis See-Gaster, die gemeinsam einen Vorstoss einreichen.

Ausgerechnet jener Partei also, der auch der zuständige Regierungsrat Bruno Damann angehört. Die Einfache Anfrage von Franziska Steiner-Kaufmann (Gommiswald), Yvonne Suter (Rapperswil-Jona), Heidi Romer (Benken) und Cornel Aerne (Eschenbach) trägt den Titel: «Region Zürichsee-Linth – droht ein Infrastrukturabbau?»

Auswirkungen auf Personal

Gesundheitsdirektor Damann zeigte sich gegenüber der «Linth-Zeitung» zwar «sehr überzeugt», dass das Spital in Uznach die geforderte Wirtschaftlichkeit bis Ende 2027 erreicht. Und versicherte, dass auch andernfalls nicht eine sofortige Schliessung droht.

Dennoch sorgen sich seine Parteikolleginnen um das bestehende und zu rekrutierende Personal im Spital Linth. «Besteht die Gefahr, dass die Befristung die Attraktivität des Spitals für das Personal und die Patientinnen und Patienten beeinträchtigt?», fragen sie im Vorstoss.

Diese Frage interessiert. Nicht nur wegen des Wohls des Personals und der Patienten. Sondern auch, weil der Fachkräftemangel ins Geld geht – und somit die Wirtschaftlichkeit eines Spitals beeinflusst. 2023 sorgte nur schon



Die Notfallabteilung im Spital Linth hat viele Patienten und ist entsprechend auf Fachkräfte angewiesen. Bild zvg

die Beschäftigung von temporärem Personal am Spital Linth für Mehrkosten von 3,8 Millionen Franken.

Eine klare Meinung zur Frage, wie der befristete Leistungsauftrag die Personalsituation beeinflusst, hat Nicole Rüegg, Co-Geschäftsleiterin vom St. Galler Pflegeverband SBK: «Die Rekrutierung von Pflegepersonal wird durch diese Hiobsbotschaft sicher nicht einfacher. Zudem dürfte die Unsicherheit bei bestehendem Personal auf die Gemütslage drücken.»

Rüegg betont, dass bislang noch keine Gespräche mit der Spitalleitung und anderen Sozialpartnern stattgefunden haben. Der SBK habe vom befristeten Leistungsauftrag für Uznach erst aus den Medien erfahren.

Potenzial bei Patienten

Doch zurück zum Vorstoss. Dieser fordert von der Regierung, nach

Gemeinden sortiert die Patientenströme des Spitals aufzuzeigen. Allgemein bekannt sei, dass ein Grossteil der Bevölkerung Rapperswil-Jona sich im Spital Männedorf behandeln lässt. Ob schon Uznach ziemlich genau gleich weit entfernt liegt. Da wollen die Kantonsratsmitglieder ansetzen.

In Rapperswil-Jona betreibt das Zürcher Spital mit der Rosenklinik eine eigene Anlaufstelle. Darum wollen die hiesigen Kantonsräte von der Regierung wissen, ob sie eine solche oder ähnliche Massnahme für das Spital Linth plane. Damit es «bei der Zuweisung von Patientinnen und Patienten gleich lange Spiesse» gibt.

Mehr Kooperationen

Weiter wollen Steiner-Kaufmann, Romer, Suter und Aerne in Erfahrung bringen, inwiefern Kooperationen mit den ans Linthgebiet angrenzenden

Kantonen angestrebt werden. Bekanntlich führt St. Gallen aktuell mit Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden eine gemeinsame Spitalliste.

Ursprünglich befand sich einmal auch der Kanton Glarus im Projekt zur interkantonalen Spitalplanung. Stieg aber genauso aus wie Graubünden oder Thurgau. Die Mitte-Kantonsräte bringen nun die Kantone Schwyz und Zürich ins Spiel für mögliche Synergien mit dem Standort Uznach.

In der Vergangenheit äusserte sich der St. Galler Gesundheitsdirektor Bruno Damann zumindest skeptisch, was diesbezüglich den Kanton Zürich angeht. Dieser habe aufgrund der eigenen Grösse kaum Interesse an einer Zusammenarbeit.

Ob sich das geändert hat und was der Vorstoss sonst hervorbringt, zeigt die in ein paar Wochen zu erwartende Antwort der St. Galler Regierung..

Mehr EK fürs Spital Linth?

Grosse Sorgen bereite die Situation am Spital Linth. «Ist dieses doch für die Versorgung in der Region massgeblich.» Das schrieb die SP Ende März umgehend nach der Ankündigung, dass der Leistungsauftrag nur bis 2027 befristet wurde. Laut SP hauptsächlich an der miesen finanziellen Situation: die Wertberichtigungen. Im Spital Linth fallen diese nach erfolgten Investitionen von gut 100 Millionen Franken besonders ins Gewicht. «Sie vermindern das Eigenkapital empfindlich, und das Spital Linth hat nun wieder eine sehr tiefe Eigenkapitalbasis», so die SP. Darum kramt die Partei eine alte Forderung aus der Schublade hervor – die sie schon letzten November zusammen mit den Grünen in der Budgetdebatte stellte. Für eine stabile Eigenkapitalbasis sollen weitere Darlehen des Kantons umgewandelt werden. Die bürgerliche Ratsmehrheit hat diesen Auftrag nicht unterstützt.

Kritik von Mitte-Präsidentin

Wieso eigentlich? «Wenn Darlehen in Eigenkapital umgewandelt werden, ist der ursprüngliche Darlehensnehmer nicht mehr in der Schuld des Darlehensgebers – also des Kantons», erklärt die St. Galler Mitte-Präsidentin Franziska Steiner-Kaufmann auf Anfrage. Die Umwandlung stelle dann eine Ausgabe für den Kanton dar. Und die tatsächliche Wirtschaftlichkeit der Spitäler werde nicht verbessert, so die Gommiswaldnerin.

Die SP sieht den Handlungsbedarf beim Eigenkapital gemäss Mitteilung nach wie vor als ausgewiesen. «Regierung und Kantonsrat müssen sich ihrer Verantwortung stellen.» Die Eigenkapitalsituation werde auch bei einem Zusammenschluss der Verbunde ungenügend bleiben. Allgemeiner zum Zustand der St. Galler Spitäler haben sich Ende März die restlichen Parteien geäussert. Die Wertberichtigungen thematisieren auch die Grünen in einer Mitteilung. Bürgerliche Parteien fordern allesamt die rasche Entpolitisierung der Spitäler. «Weitere Rettungspakete an die Spitäler sind zu verhindern», schreibt die SVP. Der Transformationsprozess von einem zentral, politisch gelenkten Staatsunternehmen hin zu einem unternehmerisch agierenden Gesundheitsversorger ist dringend notwendig, schreibt die FDP. (fwy)

Pizol mit guter Winterbilanz

Die Bergbahnen Pizol verkauften in der ausgelassenen Wintersaison 16 Prozent mehr Billette als im Winter davor. Eine Enttäuschung kam zum Schluss. Eine Föhnlage führte zu einer Betriebsschliessung über das Osterwochenende, wie die Pizolbahnen am Montag mitteilten. Vor allem die Monate Dezember und Januar hätten jedoch dank hervorragender Schneeverhältnisse zu einem sehr guten Gästeaufkommen geführt. Leicht unter den Erwartungen blieben die Umsätze im Februar, hiess es in der Mitteilung weiter. Im «verblasenen» März mussten die Anlagen während rund zehn Tagen teilweise oder ganz eingestellt werden. «Die Verantwortlichen der Pizolbahnen ziehen trotz einiger Witterturbulenzen im letzten Saisontrimester eine positive Gesamtbilanz, wobei noch keine Aussagen zum Jahresergebnis der Unternehmung möglich sind», schrieb das Unternehmen. Die zweite Saisonhälfte habe aufgezeigt, dass die «normalen» Winter tendenziell seltener würden. Aufgrund eines laufenden Projekts sei es im nächsten Winter möglich, zusätzliche Pisten künstlich zu beschneien. (sda)

Tribüne

Es wird gebaut...

von Toni Dettling *



Und wie: Für rund 500 Arbeitsplätze soll im Kaltbach Schwyz ein neues Verwaltungs- und Sicherheitszentrum gebaut werden. Zusammen mit dem schon bestehenden Verkehrsamt werden 600 Arbeitsplätze neu auf einer Fläche von knapp 46 000 m² konzentriert. Gerade etwa für gleich viele Verwaltungsbeamte wie die Gemeinde Alpthal auf einer zehnmal grösseren Siedlungsfläche Einwohner hat. Zudem sollen dereinst täglich 2000 Mahlzeiten produziert und zum grossen Teil an zehn weitere Aussenstandorte im ganzen Kanton gekarrt werden.

Ganze 140 Millionen Franken werden in das monumentale Verwaltungszentrum hineingebuttert – die grösste jemals im Kanton Schwyz aufgegleiste Hochbauvorlage. Alles ist rational erklärbar, wirtschaftlich ausgeklügelt und fein säuberlich aufgelistet.

Der Kanton Schwyz verfügt aktuell über ein durch überhöhte Steuerbelastungen geäuftetes Eigenkapital von einer Milliarde Franken, sodass die «Zukunftsinvestition» problemlos finanziert werden kann. Ja, für den später geplanten Ausbau Biberbrugg zu einem Polizei- und Justizzentrum für 320 Beamte werden prophylaktisch zusätzlich 100 Millionen Franken angekündigt!

Die Vorlage wurde unmittelbar nach dem Wahlsonntag am 6. März 2024 publiziert und ist von der Strassenbaukommission inzwischen bereits einstimmig abgesegnet worden. Sie soll am 24. April 2024 vom Kantonsrat verabschiedet werden. Punkt – fertig.

Niemand soll bitte Fragen stellen. Etwa die, ob diese monstrosen



Visualisierung des neuen Verwaltungszentrums im Kaltbach in Schwyz. Bild zvg

Verwaltungsbauten in der geplanten Grösse und Konzentration notwendig sind, ob sie das schon angeheizte Wachstum der Staatswirtschaft und der Bürokratie beschleunigen werden, ob die innovative Privatwirtschaft noch mehr zurückgedrängt wird, ob sich die Verwaltung noch weiter vom Bürger entfernt etc.? Oder welches sind die wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Auswirkungen auf die Standortgemeinde Schwyz? Welche konkreten Zusicherungen bestehen für den Ersatz des alten AHV-Gebäudes?

Der Schwyzer Gemeinderat hat sich schon einmal in die Statistenrolle zurückgezogen. Der beauftragte Ortsentwickler will gar nichts dazu sagen! Die hiesigen Gewerbler wittern (vermeintliche) Aufträge. Alle kuschen – selbst die sonst staatskritischen SVPLer laufen stramm ihrem Leader nach. Wenn nicht noch ein Wunder für ein Referendum geschieht, wird nicht einmal das Stimmvolk des Kantons zu dieser historisch einmaligen Finanzvorlage etwas zu sagen haben! Punkt – fertig - Amen!

* Toni Dettling, Schwyzer Alt-Ständerat (FDP)